

## Bündnis für sozialen Fortschritt

Das Bundesverfassungsgericht hat bestätigt, was DIE LINKE und viele Sozialverbände seit Jahren kritisieren: die Festlegung der ALG-II-Regelsätze erfolgt willkürlich und geht an der Lebensrealität vieler Betroffener vorbei. Bis Ende 2010 muss die Bundesregierung ein Gesetz vorlegen, das eine verfassungskonforme Berechnung der Regelleistungen beinhaltet. Außerdem muss sie sofort eine Härtefallregelung für besonderen, laufenden und unabweisbaren Bedarf von Hartz-IV-Empfängenden erlassen.

Der Auftrag zur Neuregelung bietet eine Chance, die Lebenssituation vieler Menschen zu verbessern und ihre Möglichkeiten zur Teilhabe an Bildung, am sozialen und kulturellen Leben, zu stärken. Ob diese genutzt wird, hängt jetzt auch von uns ab.

Dafür brauchen wir ein breites gesellschaftliches Bündnis mit Gewerkschaften, Kirchen, Sozialverbänden und Arbeitsloseninitiativen. Es gilt, die Bereitschaft der Mitte der Gesellschaft wiederherzustellen, mit denen, die aus der Gesellschaft ausgegrenzt werden, solidarisch zusammenzuleben. Genau das will Westerwelle mit seinen diffamierenden Stammtischparolen verhindern.

Wir brauchen aber auch ein politisches Bündnis. Daher müssen wir die Versuche von Kräften in der SPD und den Grünen, sich von den Hartz-Gesetzen abzusetzen, ernst nehmen, statt an ihrer Glaubwürdigkeit rumzumäkeln. Letztlich werden wir die Westerwelles und Kochs nur stoppen, wenn sie fürchten müssen, dass sich gesellschaftliche Mehrheiten auch zu politischen Mehrheiten gegen sie formieren können.

■ Klaus Lederer, MdA, Landesvorsitzender



Foto: Katina Schubert

**Dresden nazifrei!** Ein breites bundesweites antifaschistisches Bündnis verhinderte am 13. Februar in Dresden den alljährlichen Nazi-Aufmarsch anlässlich des Gedenkens an die Bombardierung Dresdens 1945. 6000 Nazis standen 12000 aktiv blockierende Antifaschistinnen und Antifaschisten gegenüber. Mit dabei auch viele Mitglieder der Berliner LINKEN.

## Vielfalt fördern, Zusammenhalt stärken

Das Leitmotiv der Berliner Gleichstellungs- und Integrationspolitik soll jetzt auch Gesetzeskraft bekommen. Damit setzen wir aber auch die gerade erst in London von Staatssekretärin Kerstin Liebich unterzeichnete Charta der Integrating Cities, der großen Europäischen Städte um. Darin hat sich nämlich auch Berlin dazu verpflichtet, für Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung zu sorgen und die Teilhabe von MigrantInnen und ihren Organisationen bei allen politischen Maßnahmen zu gewährleisten. BerlinerInnen mit Migrationshintergrund sollen einen gleichberechtigten Anspruch und Zugang insbesondere zu Wohnraum, Gesundheit, Sozial- und Pflegeeinrichtungen und Bildung bekommen. Der öffentliche Dienst und die öffentlichen Unternehmen sollen sich als Arbeitgeber weit öffnen. Mit all diesen Vorhaben haben wir in Berlin schon begonnen. Durch die Kampagne „Berlin braucht dich“ haben wir den Anteil an Auszubildenden im öffentlichen Dienst von acht auf über 14 Prozent erhöht. Jetzt ziehen auch die landeseigenen Unternehmen und manche privaten mit. Der Landesbeirat für Integration und Migration ist etabliert und einflussreich. Aus seiner Mitte kam der Vorschlag, die Gleichstellungs- und Integrationspolitik gesetzlich abzusichern. Der Senat

hat jetzt begonnen, ein solches Gesetz zu erarbeiten. Dabei setzen wir auf eine breite Beteiligung aller gesellschaftlichen Gruppen, die gesellschaftliche Integrationsprozesse organisieren. Kernpunkte sollen werden: die gesetzliche Absicherung des Integrationsbeirats auf Landesebene, von Integrationsausschüssen auf Bezirksebene, die Verankerung der Integrationsbeauftragten auf Landes- und Bezirksebene, die interkulturelle Öffnung aller gesellschaftlichen Bereiche, auf die wir als Land Einfluss nehmen können. Dabei geht es nicht um starre Quoten, sondern darum, die Gesellschaft zu öffnen, dass sie das Können und die Potenziale von MigrantInnen annimmt. Motoren gesellschaftlicher Integration sind Bildung und Erwerbsarbeit. Deswegen werden wir darauf besonderes Augenmerk legen. Aber auch in der Wirtschaftsförderung, im Gesundheitsbereich, in der Wohnungspolitik, in der Kultur sind noch Diskriminierungstatbestände zu beseitigen und tatsächliche Gleichstellung von allen Berlinerinnen und Berlinern zu organisieren. Das ist der Auftrag des neuen Gesetzes.

■ Carola Bluhm  
Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales

# Thema:

## Senat will Lockerung der Residenzpflicht

Berlin und Brandenburg wollen eine Lockerung der Residenzpflicht für Flüchtlinge herbeiführen. Der Berliner Senat hat dazu erste Schritte angekündigt. Die räumlichen Aufenthaltsbeschränkungen für Flüchtlinge stellen nach Auffassung der Linksfraktion nicht nur einen Eingriff in die Bewegungsfreiheit, sondern auch ein Hindernis bei der Wahrnehmung grundlegender sozialer, ökonomischer und kultureller Menschenrechte dar. Sie sind weder integrations- noch sicherheitspolitisch begründbar. Die bundesgesetzlichen Vorgaben setzen einer Lockerung aber enge Grenzen. Aus diesem Grund setzt sich DIE LINKE seit langem auf Bundesebene für die Abschaffung der Residenzpflicht ein.

## Vergaberechtsverstöße bleiben nicht folgenlos

In der Debatte um mögliche Verstöße gegen das Vergaberecht bei der Wohnungsgesellschaft HOWOGE hat die Linksfraktion im Abgeordnetenhaus Aufklärung gefordert. Auch personelle Konsequenzen seien nicht auszuschließen. Dem Verdacht müsse nachgegangen werden, ob die HOWOGE Planungsaufträge ohne Ausschreibung vergeben hat. Davon soll wiederum die Firma des SPD-Abgeordneten Ralf Hillenberg profitiert haben. Wirtschaftsminister Harald Wolf forderte außerdem von den Aufsichtsräten und Vertretern des Landes Berlin als Gesellschafter in den städtischen Wohnungsunternehmen, genauer hinzuschauen.

## Nachwuchs in der Linksfraktion

Am 30. Januar hat Shilan Havin Sommer das Licht der Welt erblickt. Glückliche Eltern sind Evrim Baba-Sommer, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, und ihr Mann Robert. Shilan war bei der Geburt 54 cm lang sowie 4400 Gramm schwer. Ein Prachtmädchen. Die Fraktion gratulierte recht herzlich.

# Wir bleiben dran

## Für die Linksfraktion spielt soziale Mietpolitik eine wichtige Rolle

Berlin ist eine Mieterstadt, und obwohl es allgemein heißt, dass die Mieten in der Stadt günstig sind, gibt es eine Fülle von Problemen, die gelöst werden müssen. Denn die Mietpreisentwicklungen in Teilen der Stadt sind neben einer sozialen Polarisierung der Gesellschaft zentrale Triebkräfte für Verdrängung und Ausgrenzung. Wir wollen die soziale Balance in der Stadt erhalten. Wir haben uns deshalb genau angesehen, wie die Situation sich in unterschiedlichen Kiezen entwickelt, warum Hartz-IV-Empfänger vor Zwangsumzügen geschützt werden müssen, und wir haben uns die rechtlichen Rahmenbedingungen angeschaut. Denn gerade beim Thema sozialer Mietpolitik stehen wir vor der Problematik, dass Mietenfragen fast immer Bundesrecht, die Spielräume der Länder und Kommunen daher vergleichsweise gering sind.

Um die Bevölkerungsvielfalt in den Wohnquartieren zu erhalten und soziale Segregation zu verhindern, haben wir gemeinsam mit der SPD folgende Anträge initiiert:

- „Bezahlbare Mieten sichern I: Für einen nachhaltigen Berliner Mietspiegel und eine tragbare Mietentwicklung im sozialen Wohnungsbau.“ Wir wollen u. a. den Abschluss von Zielvereinbarungen mit städtischen Wohnungsunternehmen zur sozial verträglichen Begrenzung der Mietentwicklung.
- „Bezahlbare Mieten sichern II: Bundespolitische Initiativen zur Begrenzung von Energieverbrauch und Energiekosten“. Wir wollen u. a. Mietminderung

bei Nichteinhaltung der Energieeinsparverordnung und die Vorlage eines bedarfsorientierten Energieausweises als festen Bestandteil von Mietverträgen.

- „Mieterbeiräte stärken“. Wir wollen die Förderung von Mieterbeiräten und einheitliche Regelungen dafür in den Satzungen der Wohnungsbaugesellschaften.
- „Mieterschutz sichern – Berlin lehnt unsoziale Pläne der schwarz-gelben Bundesregierung ab.“ Wir lehnen jedwede Aufweichung berechtigter Schutzinteressen der Mieterinnen und Mieter ab.
- „Mietrecht transparent und sozial gestalten“. Wir wollen das Mietrecht an räumlichen Kriterien orientieren, die Modernisierungumlage im Sinne der Mietengerechtigkeit modifizieren sowie die allgemeinen Mieterhöhungen begrenzen.

Weitere Initiativen z. B. gegen Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt oder für eine bessere Liegenschaftspolitik folgen. Und ein großes Thema ist auch, dass immer mehr Wohnungen energetisch saniert werden. Das wollen wir auch und das bringt auch den Mietern auf längere Sicht viel, weil Betriebskosten gesenkt werden können. Durch die Umlage der Sanierungskosten können aber die Mieten steigen. Auch deswegen ist die Gefahr von Verdrängung groß. Deshalb haben wir auch beim Klimaschutzgesetz ein Auge drauf. Da bleiben wir dran.

■ *Uwe Doering, bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Abgeordnetenhaus*



Foto: Igor Chalmir

**DIE LINKE.** Berlin lud ein in den „Salon Cuba Klassik“ in Mitte: Klaus Lederer befragte Irene Runge, die langjährige Vorsitzende des Jüdischen Kulturvereins, zu Wurzeln und Traditionen jüdischen Lebens in den 80er Jahren, zur Einwanderung sowjetischer Jüdinnen und Juden, zur Integrationspolitik in Berlin. Musikalische Untermalung durch Klavier und Cello rundete einen interessanten Gesprächsabend ab.

## Brot und Rosen für alle

### 100 Jahre Internationaler Frauentag

Der Internationale Frauentag kann auf eine lange und wechselvolle Geschichte zurückblicken. Sozialistinnen aus 17 Ländern fassten 1910 auf Antrag von Clara Zetkin und Käthe Duncker auf der II. Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz den Beschluss. Gemeinsam und grenzüberschreitend sollte es ein Frauenkampftag gegen Unterdrückung und Ausbeutung, für eine friedliche Welt und gegen imperialistischen Krieg sein.

Seitdem sind viele Millionen Frauen Jahr für Jahr für ihre Rechte auf die Straße gegangen, für das Frauenwahlrecht, für Mutterschutz und legale Schwangerschaftsabbrüche, gegen Faschismus und Krieg, für Freiheit und Demokratie. Sie haben viel erreicht, die Gleichstellung von Frauen wird garantiert in internationalen Konventionen, Verfassungen und Gesetzen. Doch wo immer es auf unserer schönen Welt Diskriminierung, Gewalt und Zwang gibt, sind Frauen besonders betroffen.

Wenn wir am 8. März in Berlin Rosen verteilen, dann, weil wir Brot und Rosen für alle wollen.

*Wenn wir zusammen gehen,  
kommt mit uns ein bess'rer Tag.  
Die Frauen, die sich wehren,  
wehren aller Menschen Plag.  
Zu Ende sei, dass kleine Leute  
schuften für die Großen!  
Her mit dem ganzen Leben:  
Brot und Rosen!*

BROT UND ROSEN – dieses Lied wurde zum Symbol für die Forderung nach gerechter Bezahlung und nach menschenwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Wenn wir am 8. März Rosen verteilen, dann zur freundlichen Erinnerung an den Frauentag und als Aufforderung zur Solidarität, aber auch als Zeichen der Anerkennung und des Respekts.

■ *Evrin Baba-Sommer, Mda,  
frauenpolitische Sprecherin*



Foto: privat

Alljährlich am 8. März, dem Internationalen Frauentag, überreichen Mitglieder der LINKEN Frauen rote Rosen – als Zeichen der Anerkennung und des Respekts. Evrim Baba, Mitglied des Abgeordnetenhauses und frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion in ihrem Lichtenberger Wahlkreis.

## Westerwelle und Hartz IV

### Wie die FDP Stimmung gegen den Sozialstaat schürt

Die Mövenpick-Partei bekommt weiter Spenden, verliert aber in der Bevölkerung an Zustimmung. Die FDP-Umfragenwerte haben sich in kurzer Zeit halbiert. Die Autorität des Parteichefs wird massiv infrage gestellt. In dieser Situation verliert Westerwelle die Nerven. Das ist gut! Denn er sagt genau das, was er denkt. Der Angriff auf den Sozialstaat sollte eigentlich erst einen Tag nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen beginnen. Doch jetzt ist die Katze aus dem Sack: Die Bundesregierung versucht, einen Krieg unter den Armen in diesem Land anzuzetteln. Die Menschen, die trotz Arbeit arm bleiben, sollen gegen die Menschen, die keine Arbeit finden können, aufgehetzt werden. Diese Methode ist alt, aber leider ausgesprochen wirkungsvoll. Dazu bedient sich Westerwelle geschickt zweier Argumente: Er erklärt, dass der Sozialstaat durch die Hartz-IV-Empfänger überfordert wäre und dass das Lohnabstandsgebot in Gefahr sei.

Es trifft zu, dass sehr viel Geld zur Sicherung der Sozialsysteme aus dem Bundeshaushalt in die Rentenversicherung, in die Arbeitslosenversicherung und in das Gesundheitssystem fließt. Nach dem Haushaltsentwurf 2010 der Bundesregierung sollen insgesamt 176,7 Milliarden Euro für soziale Zwecke ausgegeben werden. Das ist mehr als die Hälfte des gesamten Haushalts. Doch daran sind nicht die Hartz-IV-Empfänger schuld. Der von Schröder und Fischer geschaffene Niedriglohnssektor – der größte in Europa – hat unser Sozialsystem untergraben und ins Wan-

ken gebracht. Ehrlich arbeitende Menschen werden gezwungen, als „Aufstocker“ beim Arbeitsamt um Almosen zu bitten. Jedes Jahr erhalten Unternehmen Lohnsubventionen von über 9 Mrd. Euro. Gleichzeitig wehrt sich die Bundesregierung mit Händen und Füßen gegen einen gesetzlichen Mindestlohn. Selbst der Discounter Lidl fordert jetzt einen Mindestlohn von 12 bis 13 Euro in der Stunde. Doch das lässt die Bundesregierung ungerührt.

Wir können die Sozialsysteme nur retten, wenn wir endlich die Agenda 2010 abwickeln. Ein erster Schritt wäre der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Damit bin ich schon beim Lohnabstandsgebot. Der Skandal ist doch nicht, dass ALG-II-Empfänger fast genauso viel Geld wie Niedriglöhner bekommen. Der wirkliche Skandal ist doch, dass viele Menschen zu einem Hungerlohn arbeiten und davon leben müssen.

Es geht also um gerechte Löhne. Das ist die Forderung der Stunde! Die LINKE will den Krieg der Armen, auf den Westerwelle und Co. setzen, unbedingt verhindern.

Wenn Herr Westerwelle jetzt in seiner Not den Mölemann gibt, dann wird das viele Menschen beeindrucken. Unsere Aufgabe ist es, diese angeblichen Wahrheiten zu entlarven.

■ *Gesine Löttsch, MdB,  
stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE*

## Termine:

12. März  
Konferenz der „Hellen Panke“ und der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus:  
**Der Öffentliche Beschäftigungssektor in Berlin – Praktische Erfahrungen, Vergleiche, Chancen und Grenzen**

u. a. mit Senatorin Carola Bluhm, Klaus Steinitz (Vorsitzender „Helle Panke“), Dorothee Zinke (DGB Berlin-Brandenburg), Oswald Menninger (Parit. Wohlfahrtsverband Berlin), Jürgen Wittke (Handwerkskammer Berlin), Alexandra Wagner (Forschungsteam internationaler Arbeitsmarkt), arbeitsmarktpolitischen Sprecher/innen von Landtagsfraktionen der LINKEN.

10.00 bis 18.00 Uhr, Nachbarschaftshaus Urbanstraße, Urbanstr. 21, 10961 Berlin, U1 Prinzenstr./ U7 Südstern)

17. März  
Reihe «Politik Aktuell»

**Strategien für einen Richtungswechsel  
Nachdenken über gesellschaftliche und politische Aufbrüche**

Mit Kerstin Kaiser (MdL), Albrecht Müller, Michael Schlecht (MdB LINKE, Ottmar Schreiner (MdB SPD), Moderation: Conny Hildebrandt. 19:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

18. März  
**Gedenkfeier für die Opfer der 1848er Revolution**

15 Uhr: Veranstaltung am Brandenburger Tor. 17 Uhr: Gedenken auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain  
Reden u. a. von Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der LINKEN, Walter Momper, Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Franz Schulz, Bezirksbürgermeister.  
Mit dabei: Boxhagener Stadtmusikanten und der Erich-Fried-Chor der Kurt-Schwitters-Oberschule

30. März  
Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik  
**Nach dem Scheitern der Weltklimakonferenz in Kopenhagen – wie geht es weiter?**

Referent: Prof. Dr Wolfgang Methling (Mitglied des Bundesvorstands DER LINKEN, Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Umwelt, Energie, Verkehr)

Moderation: Prof. Dr. Klaus Steinitz  
Kosten: 1,50 Euro. 18:00 bis 20:00 Uhr  
18 Uhr, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9, 10437 Berlin

## Impressum:

DIE LINKE.  
Landesvorstand Berlin  
Karl-Liebknecht-Haus  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin  
Tel. 24 00 93 01, Fax: 24 00 92 60  
E-Mail: lv@die-linke-berlin.de  
V. i. S. d. P.: Annegret Gabelin  
Titel & Gestaltung: WARENFORM  
Druck: Druckerei Bunter Hund  
Redaktionsschluss: 23. 2. 2010

## Kalenderblatt: 5. März 1970 Atomwaffensperrvertrag tritt in Kraft

Der umgangssprachlich als Atomwaffensperrvertrag bezeichnete Nichtverbreitungsvertrag (NVV) wird in diesen Tagen 40 Jahre alt. Sein Inkrafttreten 1970 war der vorläufige Endpunkt einer international ausgesprochen kontrovers geführten, langjährigen Diskussion. Dies war verständlich, denn der NVV zielte mit seinen Artikeln I und II – historisch einmalig – darauf ab, eine bestimmte Waffe der Mehrzahl der Staaten vorzuenthalten, während ein exklusiver Kreis von fünf Großmächten und zugleich ständigen Mitgliedern im UNO-Sicherheitsrat (mit Vetorecht) weiter über sie verfügen durfte. Das erweckte Misstrauen, obwohl die politischen Gegensätze zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich auf der einen Seite und der Sowjetunion und der Volksrepublik China auf der anderen Seite offensichtlich waren. In der Bundesrepublik verstieg sich Franz-Josef Strauß zu der Bewertung von einem „Versailles kosmischen Ausmaßes“, weil er um die deutsche zivile Atomenergiewirtschaft und deren Exportchancen fürchtete. Schließlich setzte sich die Einsicht durch, dass angesichts der verheerenden Wirkung von Atomwaffen ein völkerrechtlicher Vertrag zu ihrer Begrenzung vernünftig ist. Beide deutsche Staaten traten ihm 1969 bei.

Befördert wurde der Ratifikationsprozess durch die Artikel IV und VI. Hier verpflichten sich die Atomwaffenstaaten zur nuklearen Abrüstung und zur Zusammenarbeit mit den Staaten, die die Atomkraft zu friedlichen Zwecken nutzen wollen.

Dem ursprünglich 25 Jahre und heute unbegrenzt geltenden NVV gehören 188 Staaten an. Er hat allerdings nicht verhindern können, dass seit seinem Inkrafttreten vier weitere Staaten über Atomwaffen verfügen: Indien, Pakistan, Israel und Nordkorea. Sie sind die einzigen Nichtunterzeichner oder haben den Vertrag verlassen, wie Nordkorea 2003. Die regelmäßigen Überprüfungskonferenzen haben bisher wenig dazu beigetragen, die Welt vor einem Atomkrieg sicherer zu machen. Dies liegt wesentlich an der mangelnden Bereitschaft der Atommächte, vertragsgemäß abzurüsten. Ob sich dies unter Präsident Obama ändert, wird die Überprüfungskonferenz in diesem Jahr zeigen. Zusätzlich müsste er eine Außenpolitik korrigieren, die andere Staaten zum Irrweg der Atomrüstung verleiten kann.

■ Jochen Scholz

## Die Linke Verkehrskonferenz

13. März 2010, 10 bis 16:30 Uhr  
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

### 10 Uhr – Eröffnung

Mit Klaus Lederer (MdA), Jutta Matuschek (MdA) und Gesine Löttsch (MdB)

### 11–13 Uhr – Podium 1 „Soziale und ökologische Auswirkungen“

Mit Birte Rodenberg (BISS e. V.), Gesine Löttsch (MdB), Sigmar Gude (TOPAS) und Tilmann Heuser (BUND). Moderation: Marion Platta (MdA)

### 14–16 Uhr – Podium 2 „Verkehrskonzept Süd-Ost – Anforderungen und Alternativen“

Mit Wulf Hahn, Jutta Matuschek (MdA), Christfried Tschepe (IGEB) und Ernst Welters (LV).  
Moderation: Andreas Prüfer (LINKE-Stadtrat in Lichtenberg)

### 16 Uhr – Abschluss der Konferenz

Mit Senatorin Katrin Lompscher

Bitte anmelden: Per Telefon: 24 009 289 oder per E-Mail: [anmelden@die-linke-berlin.de](mailto:anmelden@die-linke-berlin.de)

# Service

# DIE LINKE.